



Antrag

der Fraktion der SPD

Schleswig-Holsteinisches Aktionsbündnis für bezahlbares Wohnen, Bauen und Konversion

Der Landtag wolle beschließen:

Das Land richtet ein landesweites „Bündnis für bezahlbares Wohnen, Bauen und Konversion“ ein, das sich als zentrales Gremium mit der Bewältigung aktueller wohnungspolitischer Herausforderungen für Schleswig-Holstein auseinandersetzt.

Im Rahmen dieses Dialogprozesses werden mit den Kommunen, der Wohnungswirtschaft und den Verbänden gemeinsame Lösungen für den steigenden Wohnungsbedarf unter Berücksichtigung der sozialen, demografischen und nachhaltigen Anforderungen beraten und entwickelt. Dieser Prozess beinhaltet auch die Betrachtung möglicher Instrumente des Wohnraumschutzes und der Mietpreisentwicklung. Das Bündnis legt dem Landtag jährlich Vorschläge zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit in Schleswig-Holstein vor.

Begründung

Bezahlbarer Wohnungsbau ist gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung für alle. Dies gilt verstärkt für Mietwohnungen, aber auch für den Erwerb von Eigentum als Altersvorsorge. Nur eine durchmischte Bebauung mit öffentlich geförderten und frei finanzierten Wohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheimen verhindert die soziale Spaltung. Der heutigen Wohnungsknappheit und Mietpreisentwicklung lässt sich durch konsequente kommunale Investitionen sowie der wirkungsvollen Nutzung der Instrumente der öffentlichen Wohnraumförderung und durch attraktivere und flexiblere Förderkonditionen entgegenwirken. Ein wichtiger Bestandteil sind auch partnerschaftliche Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft.

Der Bund startet auf Grundlage des aktuellen Ampel-Koalitionsvertrages einen großen Aufbruch in der Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik. Hierzu zählt auch ein „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ mit allen wichtigen Akteuren, in der die Arbeit der Baukostensenkungskommission ebenfalls fortgesetzt wird. Auch das Land

ist gefordert, seinen Beitrag zur Förderung des bezahlbaren Wohnungsbaus deutlich zu leisten.

Insbesondere in den Ballungsräumen und Hochschulstandorten spitzt sich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum weiter zu. Zu den wichtigen Ursachen gehören auch das deutliche Abschmelzen des Sozialwohnungsbestandes sowie der Mietpreis- und Belegbindungen. Angebot und Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum halten längst nicht mehr gleichermaßen Schritt. Die aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen bleiben auch in Schleswig-Holstein gewaltig und erfordern den verantwortungsvollen Schulterschluss von Bund, Land, Kommunen und Wohnungswirtschaft.

Zur Koordinierung, Begleitung und Evaluierung der Wohnungsbauziele wird die Landesregierung aufgefordert ein Landesbündnis einzuberufen. Der soziale Frieden kann nur dann gelingen, wenn auf den Wohnungsmärkten die unterschiedlichen Bedarfsgruppen nicht gegeneinander ausgespielt und bedarfsgerecht versorgt werden. Die Versorgungsengpässe müssen für alle gerecht gelöst werden. Darauf gilt es auch weiterhin die Wohnraumförderung auszurichten.

Özlem Ünsal
und Fraktion